

GESCHICHTE DER LORÁND EÖTVÖS-UNIVERSITÄT 1945 – 1970

von

ISTVÁN SINKOVICS

Der Grundstein der Budapester Loránd-Eötvös-Universität wurde im Jahre 1635 vom Kardinal-Erzbischof von Esztergom Péter Pázmány (1570–1637) in Tyrnau gelegt.¹ Zu dieser Zeit gab es in Ungarn keine Universität. Die im Jahre 1367 von Ludwig I. gegründete Universität in Pécs wurde schon viel früher aufgelassen, und das gleiche Schicksal wurde auch der in Buda bzw. in Pressburg errichteten Universität zuteil.² Die von Pázmány gegründete Universität verbreitete die jesuitisch-barocke Kultur und erachtete die Ausbildung von Theologen für ihre Hauptaufgabe. Nach der Auflösung des Jesuitenordens verlegte Maria Theresia die Universität in die Hauptstadt des Landes und schuf in dem Diploma Inaugurale 1780 die Bedingungen für ihre neue Entwicklung.³ Die Universität bildete eine ganze Reihe von Generationen heran, und sowohl der Lehrkörper als auch die Studentenschaft reagierten lebhaft auf die grossen geschichtlichen Ereignisse des Landes, – oft auch entgegen der offiziellen Regierung. Die europäischen Geistesströmungen fanden – für ihre Entfaltung in der rückständigen ungarländischen Gesellschaft waren allerdings nur die minimalsten Bedingungen vorhanden – in der Universität eine Heimstätte und die Wirkung dieser Strömungen steigerte die gärenden Kräfte der Gesellschaft.

Während des seit der Befreiung vergangenen Vierteljahrhunderts hatte auch die Budapester Universität ihren Anteil an der revolutionären Umgestaltung, die sich im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben des Landes vollzog. Ich möchte hier die Hauptmomente dieser fünfundzwanzig Jahre der Universität vorstellen.

An erster Stelle soll der grossartige Kraftaufwand beim Wiederaufbau erwähnt werden. Im Verlaufe der um Budapest ausgetragenen Kämpfe erlitten die Gebäude und Einrichtungen der Universität schwere Verluste. Die Gebäudeschäden wurden summenmässig auf 4 618 000 Goldpengő geschätzt, am schwersten wurde der Gebäudeblock der medizinischen Fakultät in der Üllői-Strasse beschädigt. Es gab Gebäude, wo der Schaden 50% des Bauwertes überstieg, ja sogar 65% erreichte. Glücklicherweise war die Zerstörung nicht überall so arg, im Durchschnitt wurde

sie auf 8,2% geschätzt.⁴ Die Lage war aber auch so äusserst schwierig, da die Gebäude zum Grossteil unbenützlich waren und, den Unbilden der Witterung ausgesetzt, weiter zerstört wurden. Der an Einrichtungen, Instrumenten und Büchern erlittene Schaden betrug fast 50%, der Bestand der Lager für Einrichtungsgegenstände, technische Mittel und Verpflegung ging völlig zugrunde. Die Schadenssumme überstieg bei weitem die der Gebäudeschäden und wurde mit annähernd 14 Millionen Goldpengő berechnet.⁵ Nach der Befreiung der Hauptstadt waren die Erhaltung der Substanz und die Sicherung der elementarsten Arbeitsbedingungen die dringlichsten Aufgaben: die Instandsetzung der Kliniken zur Unterbringung und Heilung der Kranken, eine tunlichst baldige Wiederherstellung der Institute und Hörsäle.

Hier wurde die Bedeutung dessen offenbar, dass der Senat der Universität an Ort und Stelle blieb, und sich der Forderung der Pfeilkreuzler, die Ausrüstung, das Professorenkollegium und die Studentenschaft der Universität beim Nahen der befreienden Sowjetarmee nach Deutschland zu transportieren, entschieden widersetzte.⁶ Die Leitung der Universität konnte die Arbeiten des Wiederaufbaus von Beginn an lenken. Die Staatsgewalt, die infolge der Kriegsverwüstungen und der Geldentwertung mit schweren Sorgen zu kämpfen hatte, brachte für den Wiederaufbau der Universitätsgebäude bedeutende Opfer. Und als es 1946 schien, dass die Arbeiten nicht fortgesetzt werden können, kam auf Initiative der Ungarischen Kommunistischen Partei von gesellschaftlicher Seite Hilfe: es begann die Bewegung mit dem Motto „*Arbeiter für die Wissenschaft – Wissenschaftler für die Arbeiter*“. Im Rahmen dieser Bewegung verpflichteten sich in den Jahren 1946–47 Budapester Grossbetriebe, in mehreren zehntausend Arbeitsstunden die Gebäude wiederherzustellen und instand zu setzen, die Bedingungen für eine akademische Arbeit zu schaffen. Als Gegenleistung hielten die Lehrkräfte der Universität Fachkurse ab, heilten an den Kliniken die Arbeiter und deren Angehörige.⁷ Die Anregung der Arbeiterschaft trug dazu bei, dass der Wiederaufbau einen neuen Aufschwung erfuhr. Zugleich hat aber auch ihre moralische Wirkung tiefe Spuren hinterlassen. „Mir schien, als ob mit den Ziegeln und dem Mörtel, die Arbeiterhände an ihren Platz einfügten, die Wunden unserer Seele und unseres Geistes zum Verschwinden gebracht worden wären. Ein tragischer Anlass um zu lernen, wie sehr die materielle und die geistige Arbeit eine Einheit bilden, das Gefühl der inneren Verbundenheit mit unseren Arbeiterbrüdern wird in uns niemals verblassen.“ Diese Worte sprach István Hajnal (1892–1956), der damalige Dekan der Philosophischen Fakultät, als er nachträglich auf die Geschehnisse zurückblickte. Die von dem einheitlichen Organismus der physischen und geistigen Arbeit ausgehende Gedankenreihe gelangt dann bis zur tatsächlichen Gleichheit, zur Aufhebung der Klassenunterschiede, zur Sicherung des Emporstieges aller Hervorragenden und dahin, dass der Frieden der Menschheit zum persönlichen Schatz aller werde.⁸

Die Befreiung bedeutete nicht nur, dass die Verheerungen des Krieges zu Ende sind, sondern auch, dass an Stelle der für die verfehlte Polit'

verantwortlichen herrschenden Klassen die Arbeiterklasse und die werktätige Bauernschaft die Macht übernahmen. Gleichzeitig begann die Liquidierung des kapitalistischen Systems und die Schaffung der Grundlage des Sozialismus. Die revolutionäre Umgestaltung musste sich auch im Leben der Universität bekunden. Hinsichtlich der Entwicklung der Wissenschaften war es von Bedeutung, dass die während des Krieges unterbrochenen westlichen Beziehungen wieder aufgenommen werden konnten und dass sich jetzt zum erstenmal Gelegenheit bot, die Ergebnisse der sowjetischen Wissenschaft, die die konterrevolutionäre Ära Ungarn verschlossen hatte, kennenzulernen. Ebenso wurden jetzt zum erstenmal die Organisation und die Arbeit des sowjetischen Hochschulunterrichts bekannt. In dieser neuen Situation konnte man den bestehenden Traditionen mutiger entgegentreten und an die schon seit langem einer Regelung harrenden Fragen des Universitätsunterrichts herankommen, ferner musste man eine Reform der Universität durchführen, die die Wiedergeburt des Landes widerspiegelt.

Im 19. und 20. Jahrhundert verloren die Universitäten im allgemeinen viel an Bedeutung und gesellschaftlichem Gewicht. Dies galt auch für die Budapester Universität, auf deren Grundfragen vor allem die Menge von Akademikern die Aufmerksamkeit lenkte, die in dem an den Folgen der Weltwirtschaftskrise und der veralteten Gesellschaftsordnung leidenden Lande keine Stellung finden konnten. Der im Dezember 1936 abgehaltene Landeskongress für den Hochschulunterricht beleuchtete eine Reihe ungelöster Fragen. Es wurde das ewige Ideal der Universität hervorgehoben, und dies diente nur dazu, die Einbekennung dessen zu umgehen, dass es an einer einheitlichen Erkenntnis des Zwecks der Universität mangelt. Die Pflege der Wissenschaft, die Vermittlung ihrer Ergebnisse oder die Aneignung einer hochgradigen Bildung oder die Sicherung einer im Diplom zum Ausdruck gebrachten Fachbefähigung — all diese Aufgaben wirbelten gleichzeitig im Programm der Universität und hinderten sich gegenseitig an der Verwirklichung.⁹ Daraus entstand dann eine ganze Reihe von Widersprüchen. Die Universität verwahrte sich dagegen, eine zur Besetzung konkreter Posten befähigende Fachschule zu sein. Gleichzeitig aber erteilten einzelne Fakultäten unmittelbar solche Diplome, neben der Philosophischen Fakultät hingegen — und in enger Verbundenheit mit der Fakultät — befähigten auch das Bildungsinstitut für Mittelschullehrer und die Prüfungskommission für Mittelschullehrer ausdrücklich zur Besetzung von Lehramtsstellen. An einzelnen Fakultäten fiel die Befähigung mit dem akademischen Grad zusammen, wodurch letzterer seinen wissenschaftlichen Wert völlig verlor. Demgegenüber galt der an der Philosophischen Fakultät erworbene Doktorgrad an einigen Arbeitsstellen als eine durch das Gesetz vorgeschriebene Qualifikation.¹⁰

Ebenso bestand eine Kluft zwischen Worten und Wirklichkeit in der Frage der Freiheit der Wissenschaft. Das Prinzip der Freiheit des Unterrichtes und des Lernens wurde noch zur Zeit der bürgerlichen Revolution im Verfassungartikel XIX. vom Jahre 1848 festgelegt. Dies wurde so verstanden,

dass die Studenten jenen Professor hören konnten, den sie wollten, und dass ausser den ordentlichen Professoren auch andere „vorzügliche Persönlichkeiten“ unterrichten dürfen. So wollte die revolutionäre Gesetzgebung die früheren Bindungen liquidieren. Auf dieses Gesetz berief man sich häufig, und sein Wortlaut wurde in den offiziellen Publikationen über die Tätigkeit der Universität auch noch nach fast hundert Jahren an erster Stelle veröffentlicht.¹¹ Die ursprüngliche Idee wurde jedoch in mancherlei Beziehungen verzerrt. Die Wissenschaft – so wurde betont – ist von der sich ändernden Politik unabhängig, die freie Verkündung ihrer Ergebnisse sei das Lebenselement der Universität. Die Gewähr dessen sei die Autonomie der Universität. Die Lehrfreiheit durfte sich dagegen nur bis zur Grenze der Anerkennung der bestehenden Ordnung erstrecken. Die Autonomie aber wurde durch das Aufsichtsrecht des Staates im Gleichgewicht gehalten und beschränkt.¹²

Die Lehrfreiheit führte vielerorts zur Anarchie. Allerdings sind an den einzelnen Fakultäten, ja selbst in den einzelnen Fächern bedeutende Unterschiede zu beobachten, der Unterricht hatte aber auch seine gemeinsamen Züge. Die wichtigste Form der Kenntnisvermittlung war die Vorlesung, die aber nur von einem Teil der Hörer besucht wurde. Die Lehrfreiheit ermöglichte es dem Professor, nur einen Bruchteil des Stoffes vorzutragen, einzelne Detailfragen zu analysieren oder sein erschiedenes Buch vorzulesen. An den Seminarien, die im humanen Fach nicht in jedem Semester obligatorisch waren, nahmen manchesmal 30–40 Studenten teil. Nachdem der Lehrstuhl oft aus einem einzigen Professor bestand, gab es keine Möglichkeit, sich mit den Hörern systematisch zu beschäftigen. Der Landeskongress für den Hochschulunterricht wollte in der Überproduktion von Diplomen mit einer strengen Selektion, mit der Verminderung der Hörerzahl Abhilfe schaffen. Zugleich wollte er durch eine Erhöhung des Anteils der Seminare und Proseminare auf Kosten der Vorlesungen, durch Unterstützung der Arbeit der besten Studenten das Niveau des Unterrichts heben.¹³ Die beachtenswerten Konzeptionen des Kongresses konnten nicht realisiert werden, niemand kümmerte sich um eine Verbesserung des Universitätsunterrichtes.

Die Anarchie wurde durch die Verkündung der Gesetze über die Diskriminierung aus rassischen Gründen – die die Universität zu umgehen trachtete –, ferner auch durch die Kriegszeiten weiter gesteigert. Eine ansehnliche Zeit der Fakultätssitzungen nach der Befreiung wurde von der Erörterung einer Einrechnung der ausserordentlichen Semester, der anderwärts gehörten Studienzeit und von der Genehmigung der Zulassung zum Rigorosum, auch im Falle des Fehlens gewisser vorgeschriebener Bedingungen, in Anspruch genommen. In dieser Situation war eine tunlichst baldige und radikale Umgestaltung des Unterrichts und der Studienordnung unbedingt notwendig. Reformen wurden schon seit 1946 durchgeführt. Die ersten Massnahmen waren Teilregelungen, doch dienten sie im wesentlichen zwei Zwecken: der Festlegung des konkreten Ziels der Universitätsbildung und der Liquidierung der Anarchie. Für die Studenten der Rechte wurde 1946 statt des bisher empfohlenen Stun-

denplans ein obligatorischer festgesetzt, und neben den Vorlesungen wurden auch Seminare vorgeschrieben. Ein einheitliches rechts- und staatswissenschaftliches Doktorat wurde eingeführt.¹⁴ Zugleich regelte man an der Philosophischen Fakultät die Ausbildung der Chemiker durch Festlegung eines obligatorischen Stundenplans und Vorschreibung bestimmter Prüfungen für jedes Semester. Die Hörer erhielten nach Abschluss ihres vierjährigen Studiums ein Chemikerdiplom.¹⁵ In den Jahren 1947/48 wurden an der Medizinischen Fakultät die Studien- und Rigorosumsordnung geregelt, die medizinische Physik und Chemie eingeführt und die Ausbildung im allgemeinen praktischer gestaltet.¹⁶ Weitere Reformen wurden an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät im Jahre 1948, an der Medizinischen Fakultät in den Jahren 1950/51 eingeführt, zur allgemeinen Reform der Philosophischen Fakultät aber kam es in den Jahren 1948/49.¹⁷

Obwohl bei der Durchführung der Reformen an den einzelnen Fakultäten und Wissenschaftsfächern verschiedene Aufgaben zu lösen waren, hatten die Reformen gemeinsame Grundprinzipien, die überall zur Geltung kamen. Ein solches war die unmissverständliche *Bestimmung des Bildungsziels der Universität*, indem sie ihre Hörer zur Bewältigung tatsächlicher gesellschaftlicher Aufgaben vorbereitet. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät wurde zur Rechts- und Verwaltungswissenschaftlichen Fakultät. Die Hörer spezialisierten sich nach einer einheitlichen Grundbildung, und für jene, die in der öffentlichen Verwaltung arbeiten wollten, wurde ein besonderer verwaltungswissenschaftlicher Unterricht eingeführt.¹⁸ Nach Auflösung des Bildungsinstituts für Mittelschullehrer und der Prüfungskommission für Mittelschullehrer übernahm die Aufgaben der Lehrerbildung die Philosophische und die im Laufe der Reform 1949 errichtete Naturwissenschaftliche Fakultät. Letztere umfasste die früher im Rahmen der Philosophischen Fakultät tätigen naturwissenschaftlichen Lehrstühle. Ausser zum Lehramt wurden an diesen Fakultäten, im Sinne der Reform, Bibliothekare, Museologen, bzw. Chemiker, Physiker, Geologen, angewandte Mathematiker und naturwissenschaftliche Museologen ausgebildet.¹⁹ Anschliessend an die Reform wurde 1949 auch die Ausbildung von Archivaren aufgenommen.

Ein gemeinsamer Zug war auch die *Einführung des Unterrichts des Marxismus – Leninismus* und zugleich das Geltendmachen seiner Methode und seines Geistes beim Unterricht sämtlicher Fachgegenstände. Den anarchischen Zuständen wurde ein Ende bereitet. In den Vorlesungen und den praktischen Beschäftigungen musste der gesamte Prüfungsstoff bearbeitet werden. Dies war auch darum notwendig, weil in den meisten Gegenständen keine Werke vorhanden waren, die man in die Hände der Studenten hätte geben können. Eine gebundene Studien- und Prüfungsordnung wurde festgesetzt, der Besuch der Stunden wurde jedermann zur Pflicht gemacht. Damit verschwanden die den Vorlesungen fernbleibenden Juristen, und durch die obligatorische Aufnahme von Fachgegenständen auch die freien Philosophen, diese charakteristischen Hörertypen der alten Universität. Erstere waren jene, die inskribierten, die

Beschäftigungen aber nicht besuchen. Die freien Philosophen aber waren nicht Mitglieder des Bildungsinstitutes für Mittelschullehrer, konnten somit kein Lehrerdiplom bekommen, konnten aber nach Absolvierung der Universität das philosophische Doktorat machen. Das neue Organisationsstatut räumte 1950 mit den Überresten der veralteten Autonomie auf.²⁰

Die Reform der Jahre 1948/49 berührte eine Reihe von Fragen, die schon seit langer Zeit einer Lösung harren, und deren Regelung nicht weiter aufgeschoben werden konnte. Sie war aktuell und notwendig, ohne sie hätte unsere Universität den angewachsenen gesellschaftlichen Ansprüchen nicht entsprechen und mit der Umgestaltung des Landes nicht Schritt halten können. Wir dürfen aber auch ihre Mängel oder Fehler nicht verschweigen. Im Grunde genommen war es richtig gedacht, dass sie im Gegensatz zum früheren Universitätssystem den vorgeschriebenen Kenntnisstoff bedeutend vermehrte und dessen vollständigen Vortrag forderte. Dies konnte jedoch nur bei einer hohen Stundenzahl erreicht werden, und da der Besuch der Stunden obligatorisch war, blieb den Studenten zum individuellen Studium kaum mehr Zeit. Das alles fiel mit der teilweisen Auswechslung des Lehrpersonals, mit dem Verschwinden der alten Universitätstraditionen und mit dem Umstand zusammen, dass aus den Mittelschulen und dem Fachabiturkurs Hörer mit verhältnismässig schwächerer Grundbildung eingeschult wurden. Der Fachabiturkurs dauerte ein, später zwei Jahre. Teilnehmen konnten Betriebswerk-tätige ohne Mittelschulbildung. Nach der Aufnahmeprüfung wurden in diesem Kurs jene Gegenstände gelernt, die in bestimmten Institutionen des Hochschulunterrichts notwendig waren. Das Fachabitur bereitete die Hörer auf sechs verschiedene Universitäten (Hochschulen) vor.

Mit den Schwierigkeiten konnte freilich bei der Entwicklung der Reformpläne im voraus nicht gerechnet werden. Es kann der Reform auch nicht zur Last gelegt werden, dass ihre Konzeptionen im Laufe der Verwirklichung in mehr als einem Punkt verzerrt wurden. Die Ausweitung der Erfolge der kulturellen Revolution erforderte innerhalb einer möglichst kurzen Zeit je mehr Fachleute, daher fiel auf den quantitativen Gesichtspunkt der stärkere Akzent. Unter Berufung auf den Professoren-mangel wurde 1950 an der Philosophischen Fakultät die Studienzeit auf 4 Jahre herabgesetzt, was auf dem Gebiete der Ausbildung in den Fach-gegenständen, und noch mehr auf dem der pädagogischen und methodi-schen Erfordernisse zu einem Sinken des Niveaus führte.²¹ Das Ausmass des letzteren Mangels wurde auch dadurch noch gesteigert, dass die Be-dingungen für die Aneignung einer Praxis in der Schularbeit fehlten. Die Reform hatte nämlich die Übungsschulen der Universität abgeschafft und brachte keine bessere Lösung an Stelle der alten praktischen Aus-bildung, deren Wert übrigens bestreitbar ist. Auch war es keine notwen-dige Folge der Reform, dass man versuchte, die Schwierigkeiten mit der Einführung von nicht akademischen Methoden zu überwinden, wodurch die Hörer zumeist unselbständig und die Besten farblos wurden. Eine Hilfe von zweifelhaftem Wert war auch die Bewilligung der Aufnahme von

einem Fach bzw. von anderthalb Fächern für die Hörer des Lehramtsfaches.²² Diese Massnahme war zum Grossteil eine Umgehung der Schwierigkeiten, indem die Mittelschulen den für ein Fach Befähigten, mit wenig Ausnahmen (z.B. Russisch), keine ausreichende Stundenzahl sichern konnten. Gegenüber den Verzerrungen ging von der Universität eine gesunde Gegenwirkung aus: die Vereinigung der alten Universitätstraditionen mit den zeitgemässen Erfordernissen.²³ Diese Bestrebungen erhielten eine Verstärkung in den vom Unterrichtsministerium ausgearbeiteten Methodischen Grundprinzipien, die die Formen des Universitätsunterrichts unter Anwendung der Universitätserfahrungen umrissen.²⁴

An den drei Fakultäten waren die Probleme nur zum Teil die gleichen, daher suchte man die Möglichkeit der Verbesserung der Arbeit auf verschiedene Weise. An der Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät, deren neue Benennung die Bedeutung der Staatswissenschaften betonen wollte, wurde der Unterricht durch die Einführung regelmässiger praktischer Beschäftigungen praktischer gestaltet. Zugleich wurden die unnötige Überdimensioniertheit des Lehrstoffes und die Disproportion der einzelnen Gegenstände und Stoffteile abgeschafft. Den besten Hörern bot man die Möglichkeit, im Anschluss an einzelne Lehrstühle in Studentenzirkeln zu arbeiten.²⁵ An den beiden Fakultäten, wo Lehrer ausgebildet werden, wurde 1954 das Zweifächersystem wieder hergestellt und 1957 die Studienzzeit wieder auf fünf Jahre erhöht.²⁶ Damit war die Möglichkeit geboten, dass die Hörer des fünften Studienjahres die Schularbeit kennenlernen, sich an die Atmosphäre der Schule gewöhnen und ihre Kenntnisse auch auf dem Gebiete der Fachgegenstände weiterentwickeln und vertiefen können. Zwecks Sicherung der entsprechenden Bedingungen wurden der Universität ab 1958 stufenweise drei Übungsschulen angeschlossen. Zur Organisierung dieser Schulen und zur entsprechenden Vorbereitung des praktischen Jahres wurde ein besonderer Lehrerbildungsrat ins Leben gerufen.²⁷

Inzwischen erfuhr auch der Universitätsunterricht selbst eine Umgestaltung. Die Seminare, die Prüfungen und noch mehr das Wissen der absolvierten Hörer zeigten, einem empfindlichen Spiegel gleich, die schwachen Punkte, an denen die Universitätsarbeit wirksamer gestaltet werden muss. Im Vergleich zur alten Universität ist es zweifellos ein Fortschritt, dass der Nachdruck von den einer grossen Hörerschaft gehaltenen prälegierenden Vorlesungen auf *die praktischen Beschäftigungen* verlegt wurde, die von den Teilnehmern eine regelmässige Vorbereitung und aktive Mitarbeit erfordern. Die Seminare (Übungsstunden) erfordern an Stelle des Wiederholens, des Einpaukens des Lehrstoffes immer mehr selbständige Arbeit, und die aufeinander gebauten Beschäftigungen ermöglichen das Geltendwerden des Prinzips der Stufenfolge. In neuester Zeit versucht man, die Hörerschaft vielfach auch in den Vorlesungen zu aktivieren, um dadurch die Wirksamkeit des Unterrichts zu steigern, und auch Versuche werden angestellt, dass die Hörerschaft, in kleine Gruppen snteilt, im Rahmen der selben Beschäftigung neue Kenntnisse erwerbe, elbständige Arbeit leiste und hierzu eine entsprechende Anleitung be-

komme. Damit werden die traditionellen Grenzen zwischen den Unterrichtsformen durchbrochen. Der Vorteil besteht darin, dass zwischen Lehrer und Hörerschaft ein ständiger Kontakt geschaffen wird. Der Umstand, dass die Hörer Lehrbücher und Hilfsbücher (Chrestomathien) bekommen, steht in keinem Widerspruch dazu, dass die selbständige Arbeit in den Vordergrund gestellt wird. Die Lehrbehelfe befreien den Lehrer von der Aufgabe, den ganzen Lehrstoff vorzutragen. Die Gefahr, dass das Lehrbuch zur einzigen Quelle des Wissens der Hörer wird, kann dadurch vermieden werden, dass die Lehrbücher in Handbücher umgewandelt, und vor allem, dass entsprechende Anforderungen gestellt werden.

Darin freilich, dass der Unterricht tiefer wirkend werden konnte, spielt auch *die Umgestaltung des Lehrkörpers* eine bedeutende Rolle. Einerseits lernten die alten Dozenten den Marxismus – Leninismus kennen, andererseits schalteten sich seit 1945 viele neue Lehrkräfte in die Arbeit ein, überwiegend solche, die das verflossene Regime gehindert hat, an einer Universität zu wirken, viele von ihnen waren schon zur Zeit der Ungarischen Räterepublik, im Jahre 1919, Professoren an unserer Universität. Auch die junge Generation, die nach der Befreiung studiert und sich auf der Lehrerlaufbahn tüchtig entwickelt hat, brachte einen neuen Ton in den Unterricht. Der Zuwachs ist auch ziffernmässig beachtenswert. Zur Zeit der Befreiung waren die Lehrstühle mit Personal sehr schwach versorgt. Auf der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät wurde 1946 neben den Professoren an den Lehrstühlen nur je ein Bücherwart in Evidenz geführt.²⁸ An der Medizinischen Fakultät war die Mehrzahl der Ärzte unbesoldet, das heisst, sie arbeiteten ohne regelmässige Bezahlung. Im Jahre 1945 waren neben 176 besoldeten 449 unbesoldete Ärzte tätig.²⁹ Die Philosophische Fakultät hatte 1946 insgesamt 166 Adjunkte, Assistenten und Praktikanten. Von diesen bekleideten 48 einen systematisierten Posten. Demgegenüber wirkten 118 ohne Bezahlung.³⁰ Seither wurden die unbesoldeten Stellen überall liquidiert, und die Zahl der Lehrkräfte hat sich vervielfacht. Im Jahre 1969 unterrichteten an der Loránd-Eötvös-Universität ausser 119 Professoren 704 Dozenten, Adjunkte, Assistenten, Lektoren und Turnlehrer.³¹ Damit änderten sich sehr wesentlich die Bedingungen des Unterrichts, und auch der Lehrstuhl selbst erfuhr eine Erneuerung. Er wurde tatsächlich zur organisatorischen Einheit des Unterrichts, ausserdem zur Arbeitsgemeinschaft, zur Forschungsstelle und zur sich gegenseitig helfenden, gegenseitig erziehenden Gemeinschaft verschiedener Generationen.

Die Umgestaltung und Entwicklung unserer Universität ging im wesentlichen von der Grundlage aus, die die Reform der Jahre 1948/49 geschaffen hat. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich Inhalt und Methoden des Unterrichts, den gesellschaftlichen Ansprüchen und den spezifischen inneren Gesetzen des Unterrichts entsprechend, natürlich bedeutend weiterentwickelt. Die Reform vom Jahr 1963, die gleichzeitig eine Entwicklungsreihe abschloss und eine neue in Gang setzte, brachte unter Anwendung der von verschiedenen Seiten ausgegangenen Initiativer und angesammelten Erfahrungen eine neue Synthese. Sie bezeichnete da

Ziel der Universitätsbildung in der Ausbildung von kommunistischen Fachleuten, und dies drückt die Richtung unserer gesellschaftlichen Entwicklung aus. Die zentrale Frage der Reform war, *den Unterricht dem praktischen Leben näherzubringen, den Lehrstoff und die Methoden zu modernisieren*.³² Das alles entwickelt nicht nur die früheren Initiativen und Bestrebungen weiter, sondern entspricht zugleich den Richtlinien der weltweiten Bewegung zur Reformierung der Universitäten. Der Lehrstoff darf nicht erstarren, er muss der fortlaufenden Entwicklung der Wissenschaften, auf einzelnen Gebieten deren explosionsartiger, revolutionärer Umgestaltung folgen. Hieraus ergibt sich naturgemäss, dass der Universitätsunterricht die Hörer in erster Linie darauf vorbereiten muss, dass sie diesen Änderungen in ihrer Laufbahn, in ihrer Arbeit folgen können, und gleichzeitig muss ihnen der Anspruch auf diese fortwährende Weiterbildung eingepflegt werden.

In der befreiten Atmosphäre nach dem Krieg wurde die bis dahin für unabänderlich gehaltene Organisation der Universität überprüft. Die Budapester Universität bestand – der Organisation der mittelalterlichen Universitäten entsprechend – aus vier Fakultäten, so wie sich diese Einteilung im Jahre 1769, anlässlich der Errichtung der Medizinischen Fakultät, ausgestaltet hat. Die Entwicklung brachte es mit sich, dass sich einzelne Wissenschaftszweige in diesem Rahmen in ihrer Bewegungsmöglichkeit schon seit langem behindert fühlten. Der Rektor der Universität, der Arzt József Fodor (1843–1901) betonte bereits im Jahre 1895, dass eine selbständige Ärztebildung notwendig wäre, der aufgeworfene Gedanke hatte jedoch keinen Erfolg.³³ Nach der Befreiung, im Jahre 1946, beantragte der Dekan der Philosophischen Fakultät, dass die Bezeichnung der Fakultät zukünftig Philosophische und Naturwissenschaftliche Fakultät sei. Die Mitglieder des zur Prüfung dieses Antrags entsandten Ausschusses verschlossen sich im allgemeinen dieser Lösung nicht, doch befürchteten sie, dass diese Änderung die Einheit der Fakultät stören könnte, was auch die dem Ausschuss angehörenden Naturwissenschaftler missbilligten. Einer von diesen führte aus, dass im Titel die Bedeutung der Naturwissenschaften ausgedrückt werden möge, die Fakultät aber nicht geteilt werden sollte, da diese sämtliche Wissenschaftszweige im Sinne von Aristoteles zu pflegen habe, eine Trennung aber dazu führen könnte, dass „der naturwissenschaftliche Teil auf das Niveau einer Fachschule sinke“. Der Senat der Fakultät stimmte einer Änderung des Titels der Fakultät zu, in bezug auf die Benennung beantragte er aber weitere Verhandlungen, so dass die ganze Angelegenheit im Sand verlief.³⁴ Im Rahmen der Reform von 1948/49, im Juni 1949 wurde die Frage gelöst: die *Naturwissenschaftliche Fakultät* wurde selbständig. Im folgenden Jahr wurde die Theologische Fakultät abgetrennt, und unsere Universität nahm den Namen von Baron *Loránd Eötvös* an, an Stelle des 1921 gewählten, und schon damals auf einen ersten Widerstand stossenden Namen von Péter Pázmány.³⁵ L. Eötvös (1848–1919) war Professor der Universität, er war der Erfinder des nach ihm benannten Pendels und der Reflexionsmethode, ein her vorragender Kulturpolitiker.

Im Februar 1951 wurde aus der Medizinischen Fakultät eine selbständige *Medizinische Universität*, die seit 1969 nach *Ignaz Semmelweis* benannt ist. I. Semmelweis (1818–1865) war ebenfalls Professor der Universität, 1847 erkannte er die Heilung des Kindbettfiebers. Die in den Jahren 1949–51 erfolgten organisatorischen Änderungen, die mit den Erfordernissen der wissenschaftlichen Entwicklung sowie mit der Umgestaltung des Zwecks und des ideellen Inhalts des Unterrichtes übereinstimmen, erwiesen sich als zeitbeständig.

Als weniger notwendig und bleibend erwies sich die weitere Aufteilung der Philosophischen bzw. Naturwissenschaftlichen Fakultät in je zwei Fakultäten im Jahre 1953. Die Begründung war, dass seit der Befreiung, besonders aber seit der Reform der Jahre 1948/49, die Ausbildung in vielen neuen Wissenschaftszweigen aufgenommen wurde, und dass sich die Zahl der Lehrstühle, der Lehrkräfte und der Hörer beträchtlich vermehrte. Die Arbeit der einzelnen Fakultäten sei derartig verzweigt, dass die einheitliche Leitung eine unlösbare Aufgabe sei, die Schwierigkeiten nur durch eine weitere Dezentralisierung behoben werden könnten. In dieser Konzeption spielte noch eine weitere Frage mit: die Situation der Klein- und Grossfächer. An der Philosophischen Fakultät wurden, der Hörerzahl entsprechend, Geschichte und Ungarisch als Grossfächer betrachtet, während die mit wenigen Hörern arbeitenden sogenannten Kleinfächer, wo nicht die Lehrerbildung die Hauptaufgabe war, oder wo man sich mit der Lehrerbildung überhaupt nicht befasste, das Geltendwerden ihrer Interessen nicht für gesichert sahen. Die Ansicht der Lehrkräfte war in dieser Frage nicht einheitlich. Einige wollten die Philosophische Fakultät in drei Fakultäten aufteilen, andere wieder waren dagegen, dass zusammengehörende Wissenschaftsfächer und Lehrstühle, der momentanen Lage Rechnung tragend, mit dem Anspruch einer endgültigen Lösung getrennt werden. Statt einer Aufteilung der Fakultäten mögen Sektionen, Abteilungen, Institute ins Leben gerufen werden, die sich mehr oder minder selbständig verwalten könnten. Oder man sollte nicht einmal so weit gehen, sondern nur die Fakultätsleitung dadurch verstärken, dass einzelne Massenfächer einem Prodekan unterstellt werden.³⁶ Die Trennung wurde im Juni 1953 dennoch durchgeführt, doch jene behielten recht, die gegen eine weitere Spaltung der Einheit der Fakultät Stellung genommen haben. Die Wiedereinführung des Zweifächersystems erforderte die Vereinigung der Studiensektionen und später der Fakultäten. Die Änderung des gesellschaftlichen Anspruchs auf einzelne Fächer verursacht wiederholt – und eben auch in unseren Tagen – eine Verschiebung in den Reihen der Gross- und Kleinfächer. Jetzt traten neben der ungarischen Sprache und Literatur die modernen Sprachfächer (namentlich Englisch und Russisch) in die Reihe der Grossfächer.

Die im Lande erfolgte geschichtliche Umgestaltung spiegelte sich auch in der Änderung der *Zusammensetzung der Hörschaft*. Ein Redner des Landeskongresses für den Hochschulunterricht im Jahre 1936 erklärte, dass die Universitäten und Hochschulen den niedrigeren Schichten niemals verschlossen waren. Er verwies auf die Schicht der nicht adeligen

Honoratioren in der Vergangenheit und auf die „zahlreichen Söhne der Arbeiterklasse“, die in der Gegenwart die Hochschulen besuchen.³⁷ In Wirklichkeit hingegen waren im Landesdurchschnitt nur 1,5% der Hörer Kinder von Kleinbauern und Landarbeitern und 3,9% Arbeiterkinder.³⁸ Und diese Verhältniszahl galt auch für die Budapester Universität. Das Kulturmonopol der gewesenen herrschenden Klassen konnte nur so gebrochen werden, dass die Tore der Universität den Söhnen und Töchtern der Arbeiter und Bauern geöffnet wurden. Es war keine Zeit abzuwarten, bis aus den Mittelschulen eine entsprechende Anzahl von Bewerbern auf die Universität komme. Die Raumgewinnung der Arbeiterschaft und der Bauernschaft musste beschleunigt werden. 1945/46 wurden an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, 1946/47 an der Philosophischen Fakultät Arbeiter-Abendkurse eingeführt. Im Herbst 1947 aber wurde an beiden Fakultäten das Abendstudium organisiert.³⁹ Im Herbst 1948 begannen die Fachabiturkurse, deren erste Hörer im Studienjahr 1949/50 auf die Universität kamen.⁴⁰ Dadurch, dass im Tagesstudium die von Arbeitern und Bauern stammenden Hörer bevorzugt wurden, stieg ihr Prozentsatz auf der Universität im allgemeinen auf über 50%.⁴¹ Die Hörer mit Fachabitur machten im Jahre 1953 an der Philosophischen Fakultät 13% der Höferschaft aus.⁴² Es war jedermann offensichtlich, dass der Fachabiturkurs die vierjährige Mittelschulbildung nicht zu ersetzen vermag, das Abendstudium keine gleichwertigen Kenntnisse bieten kann und dass im Tagesstudium der quantitative Gesichtspunkt mehr als nötig zur Geltung kam. Auch war ebenfalls klar, dass diese Massnahmen vorübergehenden Charakters, jedoch in der damaligen Situation notwendig waren. Dies war einerseits das Gebot der geschichtlichen Gerechtigkeit jenen Klassen und einzelnen Menschen gegenüber, denen das alte System den Besuch der höheren Schulen verweigert hat. Andererseits rechtfertigten auch die effektiven Erfolge die Richtigkeit dieser Initiative. In den Abend- und später in den 1951 begonnenen Fernstudien wurde – namentlich in der ersten Zeit – eine Anzahl von Hörern gebildet, die der gesamten Universitätsjugend als Vorbild dienen konnten. Ein grosser Teil der eingeschulten Arbeiter- und Bauernhörer behauptete sich nach Absolvierung der Universität gut in der Staatsverwaltung, auf der pädagogischen Laufbahn oder auf anderen Gebieten der kulturellen Arbeit und in der Pflege der Wissenschaften. An der Ausgestaltung der neuen Intelligenz waren sie in bedeutendem Masse beteiligt.

Die Entwicklung unserer Universität spiegelt sich auch im *Anstieg der Hörerzahl*. Nach Kriegsende, im zweiten Semester des Studienjahres 1944/45 wurde die Arbeit mit 3934 Hörern an den vier Fakultäten der Universität aufgenommen. Nach Abtrennung der Theologischen Fakultät und Verselbständigung der Medizinischen Fakultät kulminierte an den drei auch jetzt noch bestehenden Fakultäten die Hörerzahl im Studienjahr 1965/66 mit 9433.⁴³

Die Bestimmung der Stellung der Universität *im wissenschaftlichen Leben* war in den vergangenen 25 Jahren nicht eindeutig. Die erste um-

fassende Reform der Jahre 1948/49 hob die praktischen Aufgaben der Ausbildung hervor und baute eine dementsprechende Studienordnung auf. Die Regierungsverordnung besagte aber auch, dass jene Hörer, die in irgendeinem Wissenschaftszweig einen hervorragenden Erfolg erzielten, hierüber ausser dem die Qualifikation bestätigenden Diplom, mit Bewilligung des Ministeriums für Kultus und Unterricht, ein besonderes Zeugnis erhalten. Diese Verfügung wurde aber nicht realisiert. Ebenso wurde auch jene Konzeption nicht zur Wirklichkeit, dass die Fachausbildung und die Bildung von Gelehrten voneinander zu trennen sei, und dass letztere, in Weiterentwicklung der Erfahrungen und Traditionen des Eötvös-Kollegiums, an den einzelnen Universitäten und Fakultäten zu organisierenden besonderen Kollegien erfolgen solle.⁴⁴ Das Eötvös-Kollegium wurde nach dem Muster der Pariser *École Normale Supérieure* im Jahre 1895 gegründet, und nach dem hervorragenden Kulturpolitiker und Schriftsteller Baron *József Eötvös* (1813 – 1871) benannt. Das Eötvös-Kollegium vertiefte mit regelmässigen Fachgegenstands- und Sprachstunden die Universitätsausbildung und sicherte den Mitgliedern des Kollegiums freie Benützung der Bibliothek zu. Auf der Universität kam es nicht zur Trennung der Fachausbildung von der Bildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die wissenschaftlichen Aufgaben aber wurden in den Hintergrund gedrängt. Einerseits erhöhte sich die Hörerzahl sehr beträchtlich, und das primäre Ziel wurde die Vorbereitung für das Lehramt an Mittelschulen und für sonstige praktische Arbeiten. Andererseits blieb auch den Lehrkräften keine Zeit für wissenschaftliche Forschungsarbeiten. Die gebundene Studienordnung erforderte den Vortrag des gesamten Prüfungsstoffes, und zur dringlichsten Aufgabe wurde die Anfertigung von Skripten. Namentlich die jungen Lehrkräfte, die sich neu in die Arbeit einschalteten, hatten gar keine Gelegenheit, sich auf eine wissenschaftliche Arbeit vorzubereiten. Zu dieser Zeit erfolgten die Neuorganisation der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, die Errichtung der wissenschaftlichen Institute der Akademie und die Einführung des von den Universitäten unabhängigen wissenschaftlichen Qualifizierungssystems. Dies bekam dadurch noch einen besonderen Nachdruck, dass gleichzeitig das Universitätsdoktorat abgeschafft wurde. Somit war auch im Ministerium für Kultus und Unterricht die Ansicht vorherrschend, dass die Aufgabe der Universität der Unterricht sei, – mit wissenschaftlichen Forschungen habe sie sich nicht zu befassen, um so mehr, da sie hierzu keine Zeit habe und es ihr im übrigen auch an den entsprechenden Bedingungen mangle.⁴⁵

Diese Auffassung konnte nur für kurze Zeit durchdringen. Als man nämlich darnach zu forschen begann, wie das Niveau des Universitätsunterrichts gehoben werden könnte, erblickte man eine Gewähr dafür in der richtigen Einschätzung der wissenschaftlichen Arbeit und in einer Förderung der wissenschaftlichen Forschungen der Lehrkräfte. Ein Anzeichen der Zunahme des Interesses für die wissenschaftliche Arbeit war, dass die Philosophische Fakultät im Studienjahr 1952/53 ein Jahrbuch mit den Abhandlungen der jungen Lehrkräfte und der absolvierenden

Hörer veröffentlichte. Die einheitlichen Skripten, die an sämtlichen Philosophischen Fakultäten des Landes in Verwendung waren, galten nicht selten auch vom wissenschaftlichen Standpunkt aus für wertvolle Werke und entwickelten sich allmählich zu Lehrbüchern. Seit 1957 erscheint regelmässig die fremdsprachige Publikation unserer Universität, die *Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae*, die heute schon neun Sektionen hat. Auch die gegenüber der Universität gestellten Ansprüche änderten sich. Das Ministerium für Kultur hatte 1960, im Laufe der Vorbereitung der Reform erklärt, dass jeder Lehrstuhl auf seinem eigenen Fachgebiet die Stätte der wissenschaftlichen Forschung zu sein habe, und zwar in der Grundforschung genauso, wie in der die Praxis unmittelbar unterstützenden Arbeit.⁴⁶ Das gesamte Unterrichtssystem der Ungarischen Volksrepublik umfassende Gesetz Nr. III vom Jahre 1961 und die Verordnung mit Gesetzenkraft Nr. 22 vom Jahre 1962 betonten, dass sich die Institutionen des Hochschulunterrichts neben dem Unterricht und der Erziehung auch mit wissenschaftlicher Arbeit zu befassen haben. Es wird den Lehrkräften zur Pflicht gemacht, den zu ihrem Fachgebiet gehörenden Wissenschaftszweig zu pflegen und an der Verwirklichung der wissenschaftlichen Pläne des Landes mitzuwirken. Seit 1963 wird ein Teil der Lehrstühle von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften unterstützt, den übrigen stellt das Ministerium für Kultur einen Zweckkredit zur Fortsetzung der wissenschaftlichen Forschungen zur Verfügung. Die Grundlage der weiteren Entwicklung wurde durch die im Jahre 1969 erschienenen *Wissenschaftspolitischen Richtlinien* der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei geschaffen. Diese verleihen einerseits den wissenschaftlichen Forschungen der Lehrstühle ein grösseres Gewicht, andererseits wollen sie dazu beitragen, dass innerhalb der sich mit der Pflege der Wissenschaften befassenden verschiedenen Institutionen eine Bewegung zustande komme. Die Forscher der akademischen Institute sollen demnach für eine Zeit auf solche Forschungsstellen übergehen, die sich mit angewandter Arbeit und mit Entwicklungsaufgaben beschäftigen, ferner sollen sie an dem Hochschulunterricht teilnehmen. Diese Bewegung aber muss wechselseitig sein.⁴⁷

An unserer Universität sind die personellen Bedingungen für eine weitere wissenschaftliche Entwicklung vorhanden. Nahezu 50% der Lehrkräfte sind Mitglieder der Ungarischen Akademie der Wissenschaften bzw. wissenschaftlich graduiert, mit dem Kossuth- bzw. Staatspreis wurden bisher 44 ausgezeichnet. An den drei Fakultäten betätigen sich zehn Forschungsgruppen, und an mehreren Lehrstühlen arbeiten neben den Lehrkräften auch Forscher. Das Wichtigste ist aber vielleicht, dass sämtliche Lehrkräfte ihre wissenschaftliche Arbeit aufgrund eines wissenschaftlichen Plans versehen. Für die Stellung, die sich unsere Universität im inländischen und internationalen wissenschaftlichen Leben erworben hat, sind ausser den in der wissenschaftlichen Literatur erzielten Erfolgen die wissenschaftlichen Sessionen, die grosse Zahl der uns besuchenden ausländischen Gelehrten und die Tatsache bezeichnend, dass der Senat der Universität seit der Befreiung 23 hervorragenden Vertretern der

Wissenschaft (darunter 16 Ausländern) das Ehrendoktorat verlieh. Die Loránd-Eötvös-Universität unterhält zur Zeit mit 7 ausländischen Universitäten Kooperationsbeziehungen auf vertraglicher Grundlage.⁴⁸

Dieses wissenschaftliche Niveau drückt, von der anderen Seite aus betrachtet, die Entwicklung der Hörserschaft aus. Die Hörer lösen in den Seminaren, in ihren Fach- und Diplomarbeiten, in den wissenschaftlichen Studentenzirkeln, aus Anlass verschiedener Wettbewerbe stufenweise gesteigerte wissenschaftliche Aufgaben. Sie nehmen mit Erfolg an den Landeskongressen der Wissenschaftlichen Studentenzirkel teil. Die besten Arbeiten der Studentenzirkel werden in den *Acta Iuvenum* veröffentlicht. Seit der Wiedereinführung des Doktorats im Frühjahr 1958 bis zum Januar 1970 haben an der Philosophischen Fakultät 872, an der Naturwissenschaftlichen Fakultät 801 Kandidaten den Doktorgrad erworben.⁴⁹

Unsere Universität gestaltete sich in den vergangenen 25 Jahren zu einer sozialistischen Universität: es gelang ihr, die alten Universitätstraditionen mit den zeitgemässen gesellschaftlichen Ansprüchen und mit der Entwicklung der Wissenschaften von unübersehbarer Perspektive in Einklang zu bringen.

ANMERKUNGEN

¹ Die Gründungsurkunde veröffentlicht von *Pauler, T.*: A budapesti magyar kir. Tudományegyetem története (Geschichte der Budapester kgl. ungarischen Universität). Egyetemi Nyomda. Budapest, 1880. Anhang I. S. 473–475.

² *Elekcs, L. – Lederer, E. – Székely, Gy.*: Magyarország története az őskortól 1526-ig (Geschichte Ungarns von der Urzeit bis 1526). Magyarország története I. Tankönyvkiadó. Budapest, 1961. S. 225–226, 353.

³ Das Diplom veröffentlicht von *Pauler, T.* zit. Werk. Anhang VIII. S. 500–518.

⁴ Universitätsarchiv (im weiteren: UA), Rektori Hivatal iratai (im weiteren: RH) 2439/1945–46.

⁵ UA RH 1677/1946–47.

⁶ Dr. *Frigyesi József*, 1944–45. tanév II. félévi Rector Magnificus beszámoló beszéde (Bericht von Dr. Frigyesi, J., Rector Magnificus im II. Semester des Studienjahres 1944–45). Egyetemi Nyomda. Budapest, 1945. S. 12–13.

⁷ Im Budgetjahr 1946/47 wurde der Kreditrahmen herabgesetzt, vom 1. August 1946 durften nur die unerlässlichsten Arbeiten durchgeführt werden. UA RH 8901/1945–46; zur gesellschaftlichen Initiative: UA a Bölcsészettudományi Kar Tanácsának ülési jegyzőkönyvei (Sitzungsprotokolle des Senats der Philosophischen Fakultät). (im weiteren: BK jk) 1946. szept. 9.; *Moór Gyula* rektor beszámoló beszéde (Bericht des Rektors Moór, Gy.). A budapesti Pázmány Péter Tudományegyetem Tanácsának 1946. szeptember 22-i beiktató és tanévnyitási ünnepélyes nyilvános ülésén mondott beszédek. (Reden, gehalten auf der festlichen Eröffnungssitzung des Senats der Budapester Péter-Pázmány-Universität am 22. September 1946.) Budapest, 1946. S. 6.; *Molnár, I.*: Adalékok a „Munkások a tudományért – tudósok a munkásokért“ akció történetéhez (Beiträge zur Aktion „Arbeiter für die Wissenschaft – Wissenschaftler für die Arbeiter“). Párttörténeti Közlemények IX (1963) Nr. 4.; *Balogh, S.*: A Magyar Kommunista Párt értelmiségi politikájának felszabadulás utáni történetéből (Aus der Geschichte der Intelligenzpolitik der Ungarischen Kommunistischen Partei nach der Befreiung). Századok 99 (1965) S. 472–474; A budapesti Orvostudományi Egyetem jubileumi évkönyve (Jubiläumsjahrbuch der Budapester Medizinischen Universität) Kossuth Nyomda. Budapest, 1969. S. 74.

- ⁸ UA BK jk. 1949. máj. 10.
- ⁹ Magyar felsőoktatás. Az 1936. évi december hó 10-től december hó 16-ig tartott Országos Felsőoktatási Kongresszus munkálatai I. (Ungarischer Hochschulunterricht. Arbeiten des vom 10. bis 16. Dezember 1936 abgehaltenen Landeskongresses für den Hochschulunterricht, I.). Egyetemi Nyomda. Budapest, 1937. In erster Linie die Eröffnungsrede von Bálint Hóman, die Vorträge von Gyula Kornis, Sándor Imre, Antal Schütz und József Huszti.
- ¹⁰ S. z.B. § 4 des Ges. Art. XIX. v.J. 1922.
- ¹¹ Z.B. A Pázmány Péter Tudományegyetem Almanachja ... az 1943–44., 1944–45. és 1945–46. tanévekre (Almanach der Péter-Pázmány-Universität ... für die Studienjahre 1943–44, 1944–45 und 1945–46). Egyetemi Nyomda. Budapest, 1947. S. 1.
- ¹² Hóman, B.: A felsőoktatás reformja (Reform des Hochschulunterrichtes). Magyar felsőoktatás I. 12.; Kornis, Gy.: Egyetem és politika (Universität und Politik). Franklin, Budapest, 1936. S. 49–51.
- ¹³ Huszti, J.: A középiskolák és főiskolák kapcsolata (Zusammenhang der Mittelschulen und Hochschulen). Magyar felsőoktatás. I. S. 73. f.; Domanovszky, S.: Intézeti és szemináriumi oktatás és tanársegéd (Instituts- und Seminarunterricht und Assistent). A.a.O. S. 113–118.
- ¹⁴ A Pázmány Péter Tudományegyetem igazgatására vonatkozó hatályos jogszabályok (Geltende Rechtsnormen in bezug auf die Verwaltung der Péter-Pázmány-Universität). Egyetemi Nyomda. Budapest, 1948. S. 356–358, 360, 363–367.
- ¹⁵ A.a.O. S. 455–465.
- ¹⁶ A budapesti Orvostudományi Egyetem jubileumi évkönyve (Jubiläumsjahrbuch der Budapester Medizinischen Universität). S. 76.
- ¹⁷ Vigh, J.: A népi demokratikus fejlődés a reformok tükrében (Die volksdemokratische Entwicklung im Spiegel der Reformen), (Handschrift); A budapesti Orvostudományi Egyetem jubileumi évkönyve (Jubiläumsjahrbuch der Budapester Medizinischen Universität). S. 76; A Bölcsészeti és Természettudományi Karok reformja (Reform der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultäten). Vallás- és Közoktatásügyi Minisztérium. Budapest, 1949. Beilage zur Nr. 3 d.J. 1949 der Zeitschrift Köznevelés.
- ¹⁸ Vigh, J. zit. Werk.
- ¹⁹ A Bölcsészeti és Természettudományi Karok reformja (Reform der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultäten). S. 5–6, 10.
- ²⁰ Verordnung Nr. 274/1950. MT.
- ²¹ Verordnung Nr. 1400–52–5/1950. VI. 1. des Ministers für Kultus und Unterricht. UA RH.
- ²² Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht vom 14. und 21. Juni 1951. UA BK Dékányi Hivatal iratai (im weiteren: DH) 201, 227/1951.
- ²³ S. das Protokoll der auf der Philosophischen Fakultät am 6. April 1951 abgehaltenen Erziehungskonferenz. UA BK jk.
- ²⁴ Verordnung des Unterrichtsministers Nr. 854/8551–30/1954 OM. Offizielle Beilage der Zeitschrift Felsőoktatási Szemle.
- ²⁵ Vigh, J. zit. Werk.
- ²⁶ Beschluss des Ministerrates Nr. 1075/1955 (VIII. 24.) MT über die Regelung der Fach-einteilung an den Universitäten; Verordnung des Ministers für Kultur Nr. 855–26/1957. III. 9.
- ²⁷ Anweisung des Ministers für Kultur Nr. 154/1958. (MK 13.) MM über die Übungsschulen, Anweisung Nr. 155/1958. (MK 13.) MM über die Errichtung des Lehrerbildungsrates.
- ²⁸ Jog- és Államtudományi Kari Szemináriumok és Intézetek. A Pázmány Péter Tudományegyetem almanachja ... az 1946–47. tanévre (Seminare und Institute der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Almanach der Péter-Pázmány-Universität ... für das Studienjahr 1946–47). Egyetemi Nyomda. Budapest, 1948. S. 71–72.
- ²⁹ A budapesti Orvostudományi Egyetem jubileumi évkönyve (Jubiläumsjahrbuch der Budapester Medizinischen Universität) S. 85.
- ³⁰ UA BK jk. 1946. ápr. 16.

- ³¹ Die Zahlenangabe stammt aus der statistischen Zusammenstellung des Rektorats (im weiteren: RH Stat.).
- ³² Irányelvek a felsőoktatás reformjához (Richtlinien zur Reform des Hochschulunterrichts), (Diskussionsstoff); A felsőoktatás tananyagának és oktatási módszereinek korszerűsítése (Modernisierung des Lehrstoffes und der Lehrmethoden des Hochschulunterrichts), (Allgemeine Grundprinzipien).
- ³³ Der Rektor József Fodor wollte die Arztbildung an der Universität und an den zu errichtenden Hochschulen unter der Oberaufsicht des Innenministeriums verwirklichen. Seine Rede vom 13. Mai 1895: A tudományok, az egyetemek és a közjólét (Die Wissenschaften, die Universitäten und das allgemeine Wohl). Acta Reg. Scient. Univ. Ung. Anni MDCCCXCIV – XCV. Fasc. II. Egyetemi Nyomda. Budapest, 1895. S. 48 – 50.
- ³⁴ Protokoll der Sitzungen des Ausschusses vom 19. und 21. Juni 1946. UA BK 1497/1945 – 46.; UA BK jk. 1946. jún. 27.
- ³⁵ Vergl.: Kékes, A.: Egyetemünk és nevei (Unsere Universität und deren Namen). Egyetemi Lapok XI (1969) febr. 6. S. 4.
- ³⁶ UA BK jk. 1952. márc. 19., 1953. febr. 19., júl. 21.
- ³⁷ Kornis, Gy.: Az egyetemi oktatás főbb kérdései (Hauptfragen des Universitätsunterrichts). Magyar felsőoktatás I. S. 17.
- ³⁸ Ortutay, Gy.: Művelődés és politika (Bildung und Politik). Hungária. Budapest, 1949. S. 69.
- ³⁹ A Pázmány Péter Tudományegyetem igazgatására vonatkozó hatályos jogszabályok (Geltende Rechtsnormen in bezug auf die Verwaltung der Péter-Pázmány-Universität). S. 533 – 549.
- ⁴⁰ Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht Nr. 51.600/1948. VKM über die Organisation von Vorbereitungskursen für das Fachabitur.
- ⁴¹ Vorlage von Gyula Ortutay in der Senatssitzung der Philosophischen Fakultät: Jelentés hallgatóink szociális és egészségügyi kérdéseiről (Bericht über die sozialen und gesundheitlichen Fragen unserer Hörer). UA BK jk. 1953. jún. 28.; Ladányi, A.: A középiskolai tanárképzés. Nevelésügyünk húsz éve 1945 – 1964 (Die Mittelschullehrerbildung. Zwanzig Jahre unseres Erziehungswesens 1945 – 1964). Tankönyvkiadó. Budapest, 1965. S. 495 – 496.
- ⁴² Der in Anmerkung 41 erwähnte Bericht.
- ⁴³ RH Stat.
- ⁴⁴ Auch die Einleitung der Reform hob als Erfordernis ein hohes Niveau der wissenschaftlichen Bildung hervor. In der Regierungsverordnung war auch von dem besonderen Diplom die Rede. Verordnung der Regierung der Ungarischen Republik Nr. 260/1949. Korm. § 2. Abs. (3). A Bölcsészeti és Természettudományi Karok reformja (Reform der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultäten). S. 3, 5.; Gyula Ortutay warf die Frage einer Trennung der Fachbildung und Gelehrtenbildung auf und schlug eine dem Eötvös-Kollegium ähnliche Lösung vor. Művelődés és politika (Bildung und Politik), S. 45, vergl. Ortutay, Gy.: Az új oktatásügy kezdetei (Anfänge des neuen Unterrichtswesens). Valóság XIII (1970). S. 33.
- ⁴⁵ Zu den Aufgaben der Universitäten s. Zsebők, Z.: Egyetem vagy szakiskola (Universität oder Fachschule). Köznevelés IV (1948) Nr. 1. S. 25 – 26.
- ⁴⁶ Irányelvek a felsőoktatás reformjához (Richtlinien zur Reform des Hochschulunterrichts). S. 12.
- ⁴⁷ Az MSZMP Központi Bizottságának tudománypolitikai irányelvei (Wissenschafts-politische Richtlinien des Zentralkomitees der USAP). Kossuth. Budapest, 1969. S. 45, 60, 61.
- ⁴⁸ RH Stat.
- ⁴⁹ RH Stat.